

Die Botschaft.

Präsident Taft dem Kongress berichtet und empfiehlt.

In den Senat und das Abgeordnetenhaus!

Die Beziehungen der Ver. Staaten im Ausland waren im vergangenen Jahr fortwährend freundschaftlicher entgegenkommender Art. Zwei wichtige internationale Streitfragen sind durch das permanente Schiedsgericht im Haag friedlich geschlichtet worden. Die Entscheidung des Schiedsgerichts zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien, welcher seit der Fischerei-Konvention im Jahre 1818 fast beständig Anlaß zu diplomatischen Verhandlungen gegeben hat, hat beide Seiten befriedigt. Sie ist besonders bemerkenswert, weil die erste Entscheidung war, welche dem allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag zwischen den beiden Ländern vom 4. April 1908 abgehandelt wurde. Die Ver. Staaten waren in fähiger Weise vertreten, und wurde einem großen patriotischen Geist die gebührende Anerkennung zugebilligt, wenn ich der klaren historischen Analyse der Tatsachen und überzeugenden Beweisführung der sechsmonatigen Dauer des Herrnherrn vor dem Gerichtshof nicht erwähnen würde. Als Staatssekretär hat Herr Root die verwickelten Angelegenheiten genau studiert und durch diplomatische Korrespondenz die zu entscheidenden Fragen feststellen lassen. Auf das Drängen des Staatssekretärs Knox und des meinigen nahm Herr Root, obgleich durch seine Pflichten als Senator von New York völlig in Anspruch genommen, die Führung des Falles als Hauptvertreter der Ver. Staaten, mit der Zustimmung jedoch, daß ihm als Vize-Sekretär keinerlei besondere Entscheidung dafür geleistet wurde.

Im Falle der Orinoco Dampfschiffgesellschaft gegen Venezuela hat von den Regierungen der Ver. Staaten und Venezuela im Haag ein Schiedsgericht einen Spruch gefällt. Derselbe muß als beachtenswert angesehen werden, weil wichtige Rechtsprinzipien, die von den Ver. Staaten zur Entscheidung internationaler Streitfragen geltend gemacht wurden, anerkannt worden sind.

In Bezug auf die Haager Konvention zur Errichtung eines internationalen Präsenzgerichts, welche im Senat zur Ratifizierung vorliegt, deren Verabschiedung im Interesse der Weltfriedensbestimmungen Einwand erhoben wurde, ist es erfreulich zu melden zu können, daß die Signaturnächte der Haager Konferenz sich bereit erklärt haben, die Konvention zu ratifizieren, so daß jeder Zweifel über die internationale Freundschaft bald beseitigt sein wird.

Friedenskommission.
Im Geiste neuerlicher Auffassung erhielt der Kongress in seiner Sitzung ein Gesetz zur Erneuerung einer Kommission von fünf Mitgliedern durch den Präsidenten zu dem Zweck: Erwägung der Möglichkeit, durch die bestehenden internationalen Verbindungen internationaler Unfriedenszustände zu vermeiden, die durch die bestehenden internationalen Unfriedenszustände der Völker anzubahnen und vereinigte Streitkräfte zu einer internationalen Macht die Erhaltung des Weltfriedens zu gewährleisten, wie überhaupt Mittel Wege vorzuschlagen, um die Interessen der Regierungen für militärische Zwecke zu beschränken und Möglichkeiten des Krieges zu vermeiden.

Habe diese Kommission noch ernannt, weil ich auf die Antennen der auswärtigen Regierung, welche ich einladen habe, mich in der Sache Hand in Hand gehen und ähnliche Kommissionen Vertreter zu ernennen, um mit unseren Kollegen zusammen zu wirken.

Europa und Canada.
Bestehende wichtige Verträge sind im letzten Jahre mit Großbritannien geschlossen worden. Einer derselben bezieht sich auf Geldforderungen, die eine Regierung gegen die andere erhebt, und wird dem Senat zur Bestätigung vorgelegt werden, als die Einzelheiten festgelegt sind. Bei einem anderen Vertrag, 21. Mai 1910 abgegeschlossen, handelt es sich um die internationale Abmachung zwischen den Ver. Staaten und Canada in der Baffinlandwasserstraße und bis zur Mitte des Grandkanals, und derselbe ist von den Regierungen angenommen worden.

Die Kraft getreten ist ferner die Konvention vom 11. Januar 1909 zur Beilegung von Differenzen zwischen den Ver. Staaten und Canada, hinsichtlich der Bestimmung der Abgrenzung zwischen den beiden Ländern und der Ernennung von Kommissionen zur Schlichtung gewisser Fragen.

11. April 1908 ernannte Fischereikommission hat die notwendigen Regierungen und Vorschriften für die Fischerei in den Grenzgewässern zwischen Canada und den Ver. Staaten ausgearbeitet, durch welche die als Küstern dienenden Fische in jenen Gewässern gegen Raubfang geschützt und deren Vermehrung gefördert wird. Der Kongress hat die notwendigen Gesetze zu erlassen, um dieselben in Kraft zu setzen und die Vertragsbedingungen zu erfüllen.

Portugal.
Die provisorische Republik, welche im Oktober in Portugal anstelle der gestürzten Monarchie errichtet wurde, ist von der Regierung der Ver. Staaten prompt anerkannt worden, soweit es die Erfordernisse des gewöhnlichen diplomatischen Verkehrs notwendig machten, bis die formelle Anerkennung unserer und anderer Regierungen dem festbegründeten neuen Staatswesen zuteil werden kann.

Japan.
Die Grundlage der Anleihe für China zum Bau der Bahn von Hankow nach Canton und dem Jantai-See bestand in völlig gleichmäßiger Teilnahme von Amerika, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Das Prinzip der Ver. Staaten ist die Internationalisierung der fremden Interessen bei allen Bahnen Chinas, die mit fremdem Kapital gebaut werden, und in erweiterten Maßstab wurde dasselbe vom Staatssekretär in seinem Bericht vor dem Senat zur Neutralisierung der mandchurischen Bahnen geltend gemacht. Obgleich von den Mächten im Allgemeinen als richtig anerkannt, bestrich die Regierung der Ver. Staaten die Anleihe als nicht mehr für den Bau der Bahn von Hankow nach Canton und dem Jantai-See geeignet, sondern für den Bau der Bahn von Hankow nach Tientsin geeignet. Die Regierung der Ver. Staaten hat sich für die Anleihe entschieden, ohne letzteres in seinen Rechten als unabhängige politische Macht zu beeinträchtigen.

Derselbe Wunsch war für unsere Regierung maßgebend bei der Unterzeichnung, welche sie China neuerdings in seinen Unterhandlungen mit amerikanischen Finanziers zum Abschluss einer Anleihe von 50 Millionen zum Bau der Bahn von Hankow nach Tientsin, welche die seit alten Zeiten in China bestehende Geldverbindung ist, eines der Haupthindernisse bei dem Handel mit jenem Lande. Wir haben die Versicherung, daß einem Amerikaner die Aufgabe übertragen werden wird, die von China geplante Geldreform einzuführen.

Spanisch-Amerika.
Im Juli und August fand in Buenos Aires die vierte pan-amerikanische Konferenz statt, als deren Ergebnis, nach sieben Wochen langer harmonischer Beratung, vier Verträge zwischen den Ländern Amerikas abgeschlossen wurden, in Bezug auf Handelsmarken, Patente, Autorenrechte und Anwartschaften. Das Sekretariat der amerikanischen Republiken, 22 an der Zahl, wirkt in hohem Grade gegenseitig und erfolgreich. Die Regierung der Ver. Staaten hat viel dazu beigetragen, den drohenden Grenzkrieg zwischen Peru und Ecuador zu verhindern. Seit dem Sturz des Präsidenten Madrid in Peru, und der Verlegung der Landesverwaltung durch die Truppen der Revolution haben alle Parteien sich vereinigt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, ein Beweis, daß die Revolution die Mehrheit des Volkes hinter sich hatte. — Die Argentinische Republik hat zwei Schlachtschiffe in den Ver. Staaten bestellt.

Tarif-Unterhandlungen.
Dem Präsidenten wurde durch das neue Tarifgesetz die Vollmacht erteilt, Vergeltungsmassregeln gegen Länder durchzuführen, welche die Ver. Staaten durch ihre Zollgesetze benachteiligen. Die beschiedenen Unterhandlungen führten zur Abhilfe und durch die erlangten Zugeständnisse wurden den Ver. Staaten bedeutende Vorteile gewährt. Die Verhandlungen zur Erweiterung des gegenseitigen Handelsvertrages mit Canada sind im Wunsch der kanadischen Regierung wieder aufgenommen worden und werden fortgesetzt.

Das Schatzamt.
Es sind besondere Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben für das kommende Jahr auf das Mindestmaß herabzusetzen, soweit es sich um Ausgaben handelt, die nicht wiederkehren. Die Vorschläge betreffen sich auf etwa \$53,000,000 weniger als die Bewilligungen für das laufende Jahr. Die Ausgaben für den Panamakanal sind jedoch nicht eingeschlossen. Die Gesamtsumme der Vorschläge für das mit dem 30. Juni 1912 endende Rechnungsjahr belaufen sich auf \$630,494,013. Diese Summe schließt alle geplanten Ausgaben der Regierung ein, mit Ausnahme der für den Panamakanal. Der Präsident hebt mit Genehmigung hervor, daß im Schatzamt, wo immer noch veraltete Verwaltungsmethoden herrschen, im letzten Jahre viel Neuerungen und Vereinfachungen der Verwaltung eingeführt wurden.

Das Payne Tarifgesetz.
Der Taft erwähnt, daß das Payne Tarifgesetz vielfach angefeindet wird,

da seine Raten als nicht allseitig gerecht bezeichnet werden. Die Grundidee des Tarifs wird nicht angefeindet, sondern die Festlegung eines Teiles der Raten. Wenn man bedenkt, erklärt der Präsident, daß das Tarifgesetz in kurzer Zeit erledigt wurde, so begreift man dessen Unzulänglichkeiten, und dies einsehend, habe der Kongress auf sein Ersuchen eine Tarifbehörde geschaffen, die sich mit der Verbesserung des Gesetzes befassen solle. Diese Behörde sei fleißig daran, Wandel zu schaffen auf der Grundlage tatsächlicher Erhebungen über den Kostenpunkt der verschiedenen Artikel, jedoch in kurzer Zeit in dieser Hinsicht eine Besserung zu erwarten sei.

Das Kriegsdepartement.
Bei seiner Besprechung der Armeeverhältnisse hebt der Präsident namentlich den Mangel an Offizieren hervor, trotzdem wir für die Größe unseres Landes eine sehr kleine Armee hätten. Er empfiehlt die Annahme von Vorlesungen seitens des Kongresses, die diesen Mangel abheben.

Der Panamakanal.
Der Präsident berichtet, daß er auf Ersuchen des Obersten Goethals, dem der Bau des Panamakanals untersteht, namentlich eine Reise nach dem System machte, um den Kanal zu inspizieren. Die Arbeiten, erklärt er, schritten in sehr befriedigender Weise vorwärts. Wenn sich keine unvorhergesehene Hindernisse einstellen, so werde der Kanal sehr wohl innerhalb der von Col. Goethals festgesetzten Zeit, 1. Januar 1915, fertiggestellt werden und nicht mehr kosten als der Vorschlag lautet: \$375,000,000. Er habe ganz besonders den Preisbericht über die Landarbeiten im Güterverkehr nicht seine Beachtung geschenkt und habe Dr. Hayes vom Geologischen Vermessungsdienst mit einer Untersuchung der Ursachen, welche die Landarbeiten verzögern, beauftragt. Dessen Bericht habe die Ursachen klar gelegt und man habe ohne Schwierigkeit ein Abhilfsmittel gefunden, so daß fernerer Schaden und Zeitverlust leicht verhindert werden können.

Unter den Fragen, die nun, angesichts der baldigen Vollendung des Kanals, erledigt werden müssen, befindet sich auch die, ob der Kanal befestigt werden solle oder nicht. Der Präsident erklärt, daß er sich beim Kongress schon einmal zu Gunsten von Fortifikationen ausgesprochen habe und er wiederhole nun seine Empfehlung. Der Kongress ist ersucht, sich nun dieser Frage zu widmen und eine Entscheidung zu treffen. Der Präsident sagt zuhause: Wenn nach unserer Meinung, moderne Fortifikationen notwendig sind, um ausreichenden Schutz des Kanals, dann ist es unsere Pflicht, sie zu errichten. Wir haben den Kanal gebaut, um ihn in unser Eigentum zu bringen. Durch Vertrag haben wir unsere Rechte und Anwartschaften auf den Kanal übernommen, für dessen allgemeinen und gleichmäßigen Gebrauch zu sorgen. Es ist auch wohl bekannt, daß einer der Hauptzwecke bei der Konstruktion des Kanals der war, die militärische Wirksamkeit unserer Flotte zu erhöhen.

Würde die Befestigung des Kanals unterlassen, so wäre der Zweck, zu dem der Kanal gebaut wird, nur halb erreicht und wir wären nicht in der Lage, uns gegen einen deperanten Feind wirksam zu verteidigen.

Die Kanalabgaben.
Der Präsident erwähnt eine andere wichtige Angelegenheit angeht der Vollendung des Kanals: die Festlegung der Abgaben, die für die Durchfahrt des Kanals erhoben werden sollen. Eine im 1900 ernannte Kommission habe die Zusammenfassung der den Kanal jährlich passieren werde, auf 6,843,805 netto veranschlagt und angenommen, daß dieser Verkehr sich per Dekade um je 25.1 Prozent vermehren würde. Die Ansicht dieser Kommission war, daß eine Abgabe von einem Dollar per Registertonne den Verkehr nicht von dem Kanal wegfallen würde, daß aber eine höhere Abgabe dies thun würde. Unter den Umständen, meint der Präsident, sollten wir nicht erwarten, daß die Abgaben vor Ablauf einer Anzahl von Jahren genügen sollten, um die Zinsen auf die \$400,000,000, die der Kanal kostet, zu zahlen. Man dürfe das Unternehmen nicht allein vom geschäftlichen Standpunkte aus betrachten, sonst hätte man das Unternehmen einer Privatgesellschaft überlassen können. Nach Ansicht des Präsidenten sollten die Abgaben einen Dollar per Tonne nicht übersteigen. Auf dieser Grundlage werden die Einnahmen des Kanals etwa \$7,000,000 jährlich betragen, für die ersten Jahre, während die Betriebskosten nur \$3,000,000 betragen. Im Laufe der Jahre dürfe man daher auf genügend Einnahmen rechnen, um mit dem Ueberflusse die Zinszahlungen zu decken. Der Präsident macht ferner den Kongress darauf aufmerksam, daß die Leitung des Kanalbetriebs festgelegt werden muß und deutet an, daß es angebracht wäre, das Unternehmen dem Flottendienst zu unterstellen, der dann auch für die Herbeischaffung der Kohlen und anderen Betriebsmateri-

als sorgen könnte. Bei einem so wichtigen Unternehmen sei es unbedingt angebracht, daß namentlich was die Materiallieferungen anbetreffe, die peinlichste Ordnung herrsche, und dies könne am besten unter Regierungskontrolle erreicht werden.

Zum Schluß empfiehlt der Präsident die Annahme eines Gesetzes, das zwischenstaatlichen Eisenbahnen den Besitz von Fahrzeugen, die den Kanal benützen, verbietet.

Herr Taft empfiehlt die Annahme eines Nationalgesetzes, unter dem die Inkorporation von industriellen und anderen Gesellschaften, die im zwischenstaatlichen Handel thätig sind, statthaft ist.

Vereinfachtes Gerichtsverfahren.

Ein schreiendes Bedürfnis in den Ver. Staaten, sagt der Präsident, ist die Vereinfachung und Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens und die Beschleunigung des endgültigen Urteils. Gegenwärtig sei der arme Mann bei einem Prozeß gegen einen reichen Gegner oder eine Korporation sehr im Nachteil. Eine derartige Reform sei sowohl für Bundes- als auch Staatsgerichte angebracht. Den Anfang sollte die Bundesregierung machen, auf daß die Einzelstaaten sich nach dem Beispiel richten können. Herr Taft empfiehlt, daß in Bundesgerichten die in den englischen Gerichten geltenden Regeln beachtet werden, was das Prozedere sehr beschleunigen würde. Der Anfang da- bei sollte das Bundesobergericht machen. Der Präsident ist der Meinung, daß Niemand das Recht haben sollte, seinen Prozeß vor das Bundesobergericht zu bringen. Er sollte sich mit einer Entscheidung eines unteren Gerichts oder eines Appellgerichts begnügen. Das Bundesobergericht sollte sich, wofern es ursprünglich hauptsächlich eingesetzt wurde, vorwiegend mit Verfassungsfragen beschäftigen. Die Ueberprüfung dieses Gerichtes mit persönlichen Prozeßen habe nur die Folge, die Erledigung höchwichtiger Verfassungsfragen zu verzögern.

Die Einhaltsbefehlsver-

Der Präsident wiederholt seine Empfehlung, die er in seiner letzten Botschaft betriebs der Annahme eines Gesetzes machte, welches den Erlaß von Einhaltsbefehlen regulieren soll. Er halte dies für eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit und der Kongress sollte ihr unbedingt seine Beachtung schenken.

Eine andere Empfehlung des Präsidenten ist, daß die Gehälter der Bundesrichter erhöht werden, das des Oberbundesrichters auf \$17,500, das der bestehenden Richter auf \$17,000, das der Appellrichter auf \$10,000 und das der Kreisrichter auf \$9,000. Er begründet seine Empfehlung damit, daß für solche Positionen nur fähige Männer verwendet werden sollten, und daß nun die Lebensführung sehr teuer ist, namentlich für Leute die gezwungen sind, standesgemäß zu leben.

Das Postdienstdefizit.
Mit Befriedigung verweist Herr Taft auf die Tatsache, daß das für das letzte Fiskaljahr erwartete Postdienstdefizit von \$17,500,000 sich nicht vergrößert, vielmehr kommt von diesem Betrag \$11,500,000 gepart werden. Es sei dies hauptsächlich auf die vortreffliche Verwaltung des Generalpostmeisters zurückzuführen, der eine ganze Reihe von Sparmaßnahmen eingeführt hat. Für das kommende Jahr seien die Vorschläge so gehalten, daß man gar kein Defizit erwarte, und zwar sei keinerlei Beschränkung im Postdienst geplant.

Auf Empfehlung des Generalpostmeisters hat der Präsident alle Hilfspostmeister in die Reihe der klassifizierten Angestellten eingestellt, was sicherlich den Postdienst hebe. Ein großer Teil der Postmeister vierter Klasse sind nun in klassifizierten Dienst und der Präsident ist der Ansicht, daß dies auch mit den Postmeistern erster, zweiter und dritter Klasse geschehen sollte.

Das Freipostprivilegium.

Das Privilegium des Freiposts, wie es nun im Bundesdienst und seitens des Kongresses ausgeübt wird, führe viele Unbequemlichkeiten mit sich und es sollte im Interesse der Sparamkeit eine Änderung geschaffen werden. Sollte dieses Privilegium beibehalten werden, so sollte eine strenge Kontrolle eingeführt werden, auf daß dem mißlichen und verwerflichen Verstand von nicht autorisierten Postämtern Einhalt geboten werde. Der Anfang sei insofern gemacht, als nun anstatt der speziellen Briefumschläge besondere Postmarken verwendet werden, über deren Veranschlagung Buch geführt wird. Eine Reform in dieser Sache sei dem Kongress vorbehalten.

Postämtern zweiter Klasse.
Betreffs der von den Herausgebern von Zeitungen (Magazines) an die Regierung bezahlten Portorates erklärt der Präsident, daß eine gründliche Untersuchung ergeben hat, daß diese Bezahlung ungenügend ist,

Diese Rate sollte erhöht werden und die Mehreinnahmen könnten zur Einführung einer Paketpost und zur Erhöhung des Briefpostens auf einen Cent verwendet werden. Es könnte leicht eine Postrate festgesetzt werden, die der Regierung sowohl als den Verlegern gerecht wäre.

In Bezug auf die Paketpost empfiehlt ich ihre Einführung auf allen Landpoststrassen mit der Beschränkung, daß Pakete nicht mehr als 11 Pfund wiegen dürfen, welches Gewicht für den internationalen Verkehr gilt. Der Postdienst ist nun so vortrefflich organisiert, daß er sehr wohl die Einrichtung einer Paketpost unternehmen kann, und zwar in einer so ökonomischen Weise, wie es ohne die sich vorfindenden Postdienst nicht möglich wäre."

Das Flottendepartement.

Nachdem sich der Präsident im Allgemeinen über den Flottendienst verbreitet hat, kommt er auf die empfohlene Abschaffung einer Anzahl Schiffsbauhöfe zu sprechen, die gegenwärtig wenig nützen, aber große Ausgaben verursachen. Unsere Flotte sei kaum halb so groß als die Großbritanniens, aber wir hätten zweimal so viele Schiffsbauhöfe. Der Flottensekretär habe um die Erlaubnis ersucht, eine Anzahl dieser Höfe eingehen zu lassen und deren Maschinen nach anderen zu bringen. Mit weniger als einer halben Million Dollars und der verfügbaren Maschinen könne in Guantanamo, im südöstlichen Teile von Cuba, ein Flottenhof und eine Flottenstation eingerichtet werden, die für uns von größtem Wert wäre. Der Präsident empfiehlt, daß der Flottensekretär die geeignete Erlaubnis erteilt werde. Die Empfehlungen des Sekretärs stützen sich auf das Urtheil Sachverständiger und sollte daher Protesten nicht zu große Beachtung geschenkt werden.

Die Kohlen-, Gas- und Oelländereien.

Eine der wichtigsten der Regierung vorliegenden Fragen ist die der Erhaltung der Wälder auf Regierungsländereien. Der Präsident empfiehlt, daß das Gesetz, welches bestimmt, daß in den Staaten Oregon, Washington, Idaho, Montana, Colorado und Wyoming keine weiteren Regierungswälder in die Reservatoren aufgenommen werden dürfen, widerrufen wird, da diese Wälder unbedingt erhalten werden sollten. Das Bureau für Waldpflege besaße sich nun eifrig mit der Wiederanpflanzung von abgeholzten Waldländen und dies sei schon mit 15,000 Aekern geschehen.

Einen bedeutenden Profit würden die Wälder der Regierung ab, indem sie an Viehhüter für Weideweide verpachtet würden. Letztes Jahr habe die Regierung aus dieser Quelle nahezu \$900,000 erhalten. Während des laufenden Jahres betragen aber diese Einnahmen mehr als eine Million.

Eine äußerst wichtige Frage sei die der Vergebung der Kohlenländereien, welche die Bundesregierung in den Ver. Staaten und Alaska besitzt. Während der gegenwärtigen Administration wurden den vorhandenen Kohlenländereien viele Tausend Aker hinzugefügt, aber auch etwa 10,000 Aker als nichtlohnhaft ausgeschieden, jedoch gegenwärtig die Anzahl in den Ver. Staaten etwas mehr als zehn Millionen beträgt. Die Veranherung dieser Ländereien steh dem Sekretär des Innern anheim zu einem Preise den er für angemessen erachte, doch sei der Mindestpreis \$10 per Aker, während schon so hoch wie \$608 per Aker gelöst worden sei. Der gegenwärtige Kongress habe verfügt, daß Kohlenländereien, die zugleich Ackerland sind, an Anbauer verkauft werden können, ohne die Bergwerksgerechtigungen, die separat veräußert werden kann.

Der Präsident empfiehlt die Annahme der Methoden bei der Ausbeutung der Kohlenländereien, wie sie in Australien, Tasmanien und Neuseeland befolgt werden. Dort werden von der Regierung ihre Kohlenländereien nicht verkauft, sondern auf eine Reihe von Jahren zur Ausbeutung verpachtet. Der Präsident ist der Ansicht, daß nicht mehr als 2500 Aker an eine Person oder Korporation verpachtet werden sollte. Die Verpachtung sollte an den Meistbietenden erfolgen. Die Pachtverträge sollten so abgefaßt sein, daß die Interessen der Regierung in jeder Weise geschützt sind. Der Sekretär des Innern habe zwar allerhand Einwände gegen das Pachtsystem zu machen, die theilweise angebracht seien, aber trotzdem empfehle er die Einführung von Pachtverträgen.

Betreffs der gas- und ölhaltigen Bundesländereien empfiehlt der Präsident, bei deren Veranherung äußerst vorsichtig zu sein und nichts zu überstürzen, namentlich da die Regierung vielleicht noch viel Öl für die Heizung ihrer Kriegsschiffe bedürfte. Auf alle Fälle sollte die Regierung nie die Kontrolle über solche Ländereien aus ihren Händen geben.

Auch betreffs der im Regierungsbesitz befindlichen Phosphatländereien, deren Ausbeute einen werthvollen Dünger ergibt, empfiehlt Herr Taft äußerster Vorsicht bei ihrer Veräuße-

rung. Unter allen Umständen sollte Kaubabbau vermieden werden.

Die Wasserkraft.

Die Regierung hat in letzter Zeit besondere Anstrengungen gemacht, alle verfügbaren Wasserkraft, die sich auf öffentlichen Ländereien befinden, unter ihre Kontrolle zu bringen, auf daß sie nicht in Privatbesitz gelangen. Die Ausbarmachung dieser Wasserkraft durch Privatinteressen ist eine schwierige Frage, da unter allen Umständen die Regierung sich die Kontrolle wahren muß. Um diese Frage zu lösen, bedarf es angemessener Gesetzgebung und der Kongress sollte sich unverzüglich mit dieser Angelegenheit befassen. Auch muß die Regierung darauf sehen, daß bei der Ausnutzung der Wasserkraft das Publikum nicht durch zu hohe Gebühren überwohltheilt wird.

Forstbienen.

Den Forstbienen erwähnt Herr Taft als einen äußerst wichtigen Dienst unseres Verwaltungssystems und empfiehlt, daß er ausgebeht werde. Die Waldbrände letzten Sommer hätten zur Bekämpfung mehr als \$900,000 erfordert, und da nur \$135,000 für diesen Zweck vorhanden waren, sei ein großes Defizit zu decken.

Einwanderung u. Anderes.

Der Präsident ist nicht dafür, daß gefordert wird, daß auf der Einwanderung von Ellis Island Stadt New York, Einrichtungen getroffen werden, daß die Prüfung der Einwanderer schneller erledigt und so es ermöglicht wird, daß mehr von ihnen in diesem Hafen landen könnten. Er meint, daß gerade durch die Beschränkung die Dampfergesellschaften vielleicht dazu gebracht werden könnten, die Einwanderung mehr auf andere Landestheile zu vertheilen, wo sie notwendig sind. Die Strafe der Dampfergesellschaften wegen Verletzung der Einwanderungsregulationen sollte erhöht werden. Das Einwanderungsgesetz sollte so amendiert werden, daß in möglichst wenigen Fällen Familien getrennt werden. Die Einrichtung eines Gesundheitsbureaus zur Erhaltung der Volksgesundheit wird empfohlen. Ein Plan zum Schutze der Ländereien des Imperial Valley vor den Ueberschwemmungen des Colorado River, zu welchem Zweck der Kongress eine Million Dollars bewilligt hat, ist in den Unterhandlungen mit der mexikanischen Regierung, auf deren Gebiet ein Teil der Arbeiten ausgeführt werden muß, im Gange, um deren Erlaubnis zu erhalten, und schienen baldigen Erfolg zu versprechen. Ein Anspruch der Southern Pacific Railroad Company auf Entschädigung für Arbeiten zum Schutz vor Ueberschwemmungen, die auf Anregung des Präsidenten-Koalitions unternommen wurden und wofür Schadloshaltung versprochen wurde, wird zur Berücksichtigung empfohlen. Der Präsident spricht sich für den Plan einer Regenerationsstellung zur Feier des 50. Jahrestages des Erlasses der Sklavenbefreiungserklärung Lincolns aus, wie er dies schon früher gethan hat.

Bildungsmission.

Von den Bestimmungen des Bildungsdienstes sollten Beamte, die für die Politik der Verwaltung verantwortlich sind, und deren persönliche Affinitäten ausgeschlossen bleiben, dagegen sollte ein Gesetz angenommen werden, daß die Verwaltung die Machtbefugnisse haben sollte, alle lokalen Beamten des Schatzamtes, des Justizdepartements, des Postdepartements, des Departements des Innern und des Departements für Handel und Arbeit, zu deren Ernennung jetzt die Einwilligung des Senates nötig ist, in den klassifizierten Dienst einzureihen, und daß in diesem Falle die Empfehlung und die Zustimmung des Senats dann nicht mehr nötig sein sollte. Ein besseres System für die Beförderung der Beamten dieser Art sollte geschaffen sein und die Lückigkeit dieser Beamten sollte geboten werden.

Pensionierung der Bundesbeamten.

Der Präsident ist dafür, daß diese aus zwangsweisen Jahresbeiträgen der Beamten mit Zustimmung einer reichlichen Bundesunterstützung gezahlt werden sollte. Die von den Beamten gemachten Einzahlungen sollten an ihn zurückfallen, wenn er vor der Zeit seiner Pensionberechtigung aus dem Bundesdienst ausscheidet, oder an seine Erben, wenn er vor Ablauf dieser Zeit stirbt. Dies wäre das Prinzip der jetzt schwebenden Giltentloosung, die er empfiehlt.

Von der Kommission über zwischenstaatlichen Handel heißt es, daß die Amendements zu dem Gesetz über zwischenstaatlichen Handel vom 18. Juni 1910 noch nicht genügend auf ihre Wirksamkeit und Nützlichkeit erprobt wurden.

Die Botschaft handelt dann noch von den Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze des Eisenbahnpersonals gegen Verletzungen und empfiehlt, daß eine Verordnung gemacht werde, um die zwischenstaatliche Handelskommission in den Stand zu setzen, den Werth aller Eisenbahnen abzuschätzen zu lassen.